

NEWSLETTER MAI 2010

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freundinnen und Freunde,

NRW hat sich am 9. Mai auch politisch zur Farbe Grün bekannt!
Das beste grüne Ergebnis in NRW mit 12,1 Prozent durch alle Alters- und Berufsgruppen macht deutlich, dass grüne Politik die Wählerinnen und Wähler überzeugt hat. Nun heißt es, dass wir bei aller Freude über dieses großartige Ergebnis und der darauf erfolgten Enttäuschung über die erreichbare Regierungsbeteiligung in NRW nicht nachlassen dürfen, sondern in der kommenden Zeit für unsere grünen Themen weiter streiten werden.

Noch immer kämpfen wir Grünen für eine Aufhebung der Haushaltssperre in Höhe von 115 Mio. Euro im Marktanzreizprogramm für Erneuerbare Energien. Inzwischen sind auch das Bundesumweltministerium, viele Unionspolitiker im Bundestag und auch eine Reihe von CDU geführten Landesregierungen an unserer Seite. Doch ein Erfolg scheiterte bis jetzt am Finanzministerium und vor allem an der FDP. Welche Auswirkungen diese Sperre für Kommunen hat, wird u. a. im Artikel über die Klimakommune Saerbeck deutlich.

Auch im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) fallen Reden und Handeln der Bundesregierung weit auseinander. Die Erreichung des Ziels, den Anteil der Stromerzeugung aus (KWK) von derzeit 12 Prozent auf 25 Prozent bis zum Jahr 2020 zu erhöhen ist fraglich. Vor diesem Hintergrund veranstalten wir Grünen ein Fachgespräch mit Experten am 17. Juni in Berlin, wozu ich Sie/Euch auch auf diesem Wege noch einmal herzlich einlade.

Diese und weitere Themen sind Inhalt des Newsletters. Ich wünsche eine spannende Lektüre verbunden mit herzlichen Grüßen



Oliver Krischer

Thema dieser Ausgabe

- 1) Katz- und Maus-Spiel der Bundesregierung beim Marktanzreizprogramm
- 2) Oliver Krischer unterstützt Klimakommune Saerbeck
- 3) Ölkatastrophe im Golf von Mexiko ist ökologisches Desaster
- 4) Inkrafttreten der Erneuerbaren-Energie-Gesetzesnovelle zum 1. Juli fraglich
- 5) Zu kurz gesprungen: Neue Gasnetzzugangsverordnung
- 6) Chancen und Risiken von unkonventionellem Erdgas frühzeitig erkennen
- 7) Gleichklang von Bund und Ländern beim Klimaschutz sicherstellen
- 8) Europäischer Finanz-Rettungsschirm
- 9) Bundesregierung ignoriert Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung
- 10) Fachgespräch in Berlin zur Kraft-Wärme-Kopplung am 17. Juni 2010
- 11) Auftaktveranstaltung Bergschäden-Tour in Mainz

1) Katz- und Maus-Spiel der Bundesregierung beim Marktanzreizprogramm

Bereits seit Monaten verunsichert die schwarz-gelbe Bundesregierung die gesamte Branche der Erneuerbaren Energien. War Anfang diesen Jahres lediglich von der Abschaffung des Impulsprogramms zur Förderung von Mini-Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen die Rede, ist mittlerweile das gesamte Marktanzreizprogramm für Erneuerbare Energien (MAP) und die Nationale Klimaschutzinitiative (NKI) betroffen. Die bereits im Bundeshaushalt 2010 eingestellten Mittel in Höhe von 115 Mio. Euro für das MAP zu sperren und damit den Markt stark zu verunsichern, ist ein Vertrauensbruch der schwarz-gelben Bundesregierung gegenüber BürgerInnen und Wirtschaft. Die positiven Effekte, wie etwa die Tatsache, dass bei einem Euro Förderung bis zu acht Euro an Investitionen ausgelöst werden, ignoriert Schwarz-Gelb einfach. Weitere Infos gibt es [HIER](#).

2) Oliver Krischer unterstützt Klimakommune Saerbeck

Ein positives Beispiel für die nachhaltige Entwicklung hin zu einer Klimaschutzkommune ist die Gemeinde Saerbeck im Kreis Steinfurt. Bundesweit sorgte ihr Konzept bereits für Aufsehen und wurde sogar vom NRW-Umweltministerium im Rahmen des Wettbewerbs „Aktion Klimaplus – NRW-Klimakommunen der Zukunft“ zum Sieger ernannt. Doch die Umsetzung des Programms steht nun auf Grund der fehlenden Fördergelder aus dem MAP auf der Kippe. Bei einem Besuch vor wenigen Wochen in Saerbeck konnte ich mich von den innovativen und effektiven Maßnahmen zum Klimaschutz überzeugen. Weitere Infos [HIER](#).

3) Ölkatastrophe im Golf von Mexiko ist ökologisches Desaster

Nach offiziellen Angaben treten seit über einem Monat bis zu 14 Millionen Liter Rohöl täglich aus dem Bohrloch an der Unglücksstelle im Golf von Mexiko aus. Die tatsächliche Menge könnte durchaus noch wesentlich höher sein. Die Gefahren fossiler Energien über deren Klimafolgen hinaus werden wieder einmal deutlich. Auch die Nordsee gehört zu den Meeren mit besonders intensiver Öl- und Gasförderung. Eine vergleichbare Katastrophe ist nicht auszuschließen. Bündnis 90/Die Grünen haben dazu einen Antrag in den Bundestag eingebracht. Diesen und die aktuellen Entwicklungen im Golf von Mexiko sind [HIER](#) abrufbar.

4) Inkrafttreten der Erneuerbaren-Energie-Gesetzesnovelle zum 1. Juli fraglich

Das bayrische Kabinett hat vor wenigen Tagen beschlossen, den Vermittlungsausschuss bei der EEG-Novelle anzurufen. Mit den Stimmen Bayerns ist am 4. Juni im Bundesrat eine Mehrheit für die Anrufung eines Vermittlungsausschusses absehbar. Vor allem der Wegfall der Vergütung auf vormaligen Agrarflächen war für die bayrische Landesregierung der entscheidende Grund zur Anrufung. Obwohl das Gesetz nicht zustimmungspflichtig ist, ist es möglich über politische Verhandlungen mit den Koalitionsfraktionen im Bundestag Veränderungen zu bewirken. Ob diese Chance ergriffen wird, wird sich dann in den Gesprächen zeigen. Den Regierungsfractionen von Union und FDP steht es frei mit ihrer Bundestagsmehrheit den Einspruch des Bundesrates zu überstimmen, falls sie sich auf keine Kompromisse einlassen wollen.

5) Zu kurz gesprungen: Neue Gasnetzzugangsverordnung

Am 19. Mai wurde im Bundeskabinett die Novelle der Gasnetzzugangsverordnung (GasNZV) verabschiedet. Vor der Sommerpause - so das Ziel der Bundesregierung - soll der Bundesrat zustimmen, die Verordnung könnte dann zum 1. Oktober in Kraft treten. Der erste Entwurf hatte bei vielen Marktteilnehmern für große Unzufriedenheit gesorgt. Den er drohte die oligopolistischen Strukturen im Gasmarkt zu zementieren und moderne Gaskraftwerke gegenüber Kohlekraftwerken zu benachteiligen. Unter anderem auf Druck von Bündnis 90/Die Grünen sind im neuen Entwurf Änderungen vorgenommen worden. So werden erst im neuen Entwurf Netzbetreiber dazu verpflichtet, neue Gaskraftwerke an ihr Netz anzuschließen. Ein gewährleisteteter Netzanschluss der Unternehmen ist jedoch zum Beispiel für Banken eine Voraussetzung bei der Kreditvergabe. Wird der Netzanschluss nicht garantiert, wird der Bau moderner und im Vergleich viel umweltfreundlicherer Gaskraftwerke für jeden Betreiber zu einem riskanten Projekt, solange es sich nicht um ein Unternehmen der großen Netzbetreiber handelt. Dennoch geht auch der neue Entwurf der GasNZV bei der Liberalisierung des Gasmarktes nicht weit genug. So können Netzbetreiber neuen Gaslieferanten noch immer den Zugang zum Netz verweigern - und das nach einem vollkommen undurchsichtigen Verfahren. Es erfordert daher in Zukunft weitere Maßnahmen, um die bestehenden Oligopole aufzubrechen.

6) Chancen und Risiken von unkonventionellem Erdgas frühzeitig erkennen

Die Exploration auch unter dem Begriff ‚Shale-Gas‘ bekanntem unkonventionellem Erdgas hat laut mehrerer Studien ein hohes Potenzial. So macht in den USA die Förderung von unkonventionellem Erdgas bereits mehr als 40 Prozent der Gesamterdgasförderung aus. Doch es mehren sich Berichte über erhebliche Umweltbelastungen, die mit der Förderung von unkonventionellem Erdgas in Zusammenhang stehen. Aus der Antwort der Bundesregierung auf unsere Anfrage geht nun hervor, dass sie eine Potenzialanalyse für Deutschland in Auftrag gegeben hat. Weitere Einzelheiten unserer Kleinen Anfrage sind **HIER** abrufbar.

7) Gleichklang von Bund und Ländern beim Klimaschutz sicherstellen

Deutschland steht vor der Herausforderung, seinen Ausstoß an Treibhausgasen bis 2020 um mindestens 40 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 zu reduzieren. Dies kann nur gelingen, wenn Bund und Länder ihr Vorgehen koordinieren und dem Klimaschutz die gebotene Priorität einräumen. Dazu hat die grüne Bundestagsfraktion einen Antrag mit der Aufforderung für ein Klimaschutzgesetz eingebracht. Meine Bundestagsrede und der Antrag sind [HIER](#) abrufbar.

8) Europäischer Finanz-Rettungsschirm – Es geht um Europa

In der vergangenen Sitzungswoche wurde über den Stabilisierungsfonds des Euro im Bundestag abgestimmt. Die grüne Bundestagsfraktion hat sich enthalten, und dies aus gutem Grund: Es sind noch immer Fragen ungeklärt, wie etwa die genaue Rolle der Europäischen Kommission bei diesem Thema, oder ob das Budgetrecht des Parlaments hinreichend gewahrt wird? Der Euro-Rettungsschirm ist zwar ein erster Schritt auf dem Weg zu einer Lösung. Doch die Frage wer letztlich für die Kosten der Krise zahlen soll, wurde von der Bundesregierung nach wie vor nicht beantwortet. Wir Grüne haben dazu folgende **FORDERUNGEN**.

9) Bundesregierung ignoriert Potenziale der Kraft-Wärme-Kopplung

Seit mehreren Jahren stagniert der Anteil der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) bei 12 Prozent an der Stromerzeugung. Bis 2020 plant die Bundesregierung einen Anteil von 25 Prozent zu erreichen. Wie aus der Antwort auf unserer Kleinen Anfrage an Schwarz-Gelb hervorgeht, sind die energiepolitischen Rahmenbedingungen falsch gesetzt. Die Antworten und meine Bewertung sind [HIER](#) abrufbar.

10) Fachgespräch in Berlin zur Kraft-Wärme-Kopplung am 17. Juni 2010

Das Integrierte Energie- und Klimaprogramm der Bundesregierung (IEKP) aus dem Jahr 2007 sieht eine Verdopplung des Anteils der Stromerzeugung aus Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) vor. Das Konzept der grünen Bundestagsfraktion "Energie 2.0" hält einen Anteil von 30 Prozent für machbar. In der Praxis hat sich der Anteil der KWK an der Stromerzeugung in den letzten zehn Jahren jedoch kaum erhöht. Vor diesem Hintergrund findet am 17. Juni 2010 ein Fachgespräch der grünen Bundestagsfraktion ab 14.30 Uhr statt. Dabei soll darüber diskutiert werden, welche konkreten Maßnahmen die Politik unternehmen kann und muss, um den Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung voranzubringen.

[HIER](#) geht es zu weiteren Infos und [HIER](#) zur Anmeldung.

11) Auftaktveranstaltung Bergschäden-Tour in Mainz

Am 15. Mai fand die Auftaktveranstaltung der Infotour „Wer anderen eine Grube gräbt ... - Bergbau ohne Rücksicht“ der grünen Bundestagsfraktion in Mainz statt. Anwesend waren über 60 Betroffene aus dem ganzen Bundesgebiet. Das Ergebnis und die Forderungen sind [HIER](#) nachzulesen.